

## Positionspapier des Landesvorstandes der FDP Bremen vom 09. Januar 2023:

### **Demokratie und Meinungsvielfalt schützen: Liberaler Ideen für eine Reform des Öffentlich-Rechtlichen-Rundfunks**

Wir Freien Demokraten betrachten den Zustand des Öffentlich-Rechtlichen-Rundfunks (im Folgenden: ÖRR) mit großer Sorge. Dieser befindet sich aktuell in seiner wohl größten Vertrauenskrise seit seiner Gründung. Bereits vor den im Sommer 2022 bekannt gewordenen Skandalen, u.a. um die ehemalige RBB-Intendantin Patricia Schlesinger, war das Vertrauen in den ÖRR gering. Dieses ist durch die 2022 bekannt gewordenen Fälle von Missmanagement, Klüngelei und Einflussnahme noch einmal weiter gesunken. Nach einer repräsentativen Umfrage des Ipsos-Instituts sprechen sich nur 30% für den Fortbestand des ÖRR in seiner aktuellen Form aus. Wenn jetzt nicht alle beteiligten Akteure schnell und entschlossen handeln, ist die Zukunft des ÖRR ernsthaft gefährdet.

Diese Gefahr nehmen wir Freien Demokraten sehr ernst, denn der ÖRR ist ein Kernbestandteil unseres dualen Mediensystems, das sich aus unserer Sicht grundsätzlich bewährt hat. Ohne Meinungsvielfalt ist Meinungsfreiheit nur eine leere Hülle, weshalb für uns Freie Demokraten dem dualen Mediensystem eine für die freiheitlich-demokratische Grundordnung konstituierende Bedeutung zukommt. Hierbei soll der ÖRR die Aufgabe eines unabhängigen, faktenbasierten Journalismus mit höchsten Qualitätsstandards erfüllen. Gerade in Zeiten, in denen unsere Demokratie mit gezielten Desinformationskampagnen durch autokratische Regime auf die Probe gestellt wird, ist der ÖRR eine unverzichtbare Größe. Deshalb wollen wir Freien Demokraten die demokratie-stärkende Funktion des ÖRR weiter ausbauen.

Leider müssen wir feststellen, dass der ÖRR dieser verantwortungsvollen Aufgabe nicht mehr gerecht wird. Vielmehr sieht er sich mit einer Vielzahl von Vorwürfen konfrontiert, die in der öffentlichen Debatte jedoch häufig miteinander vermischt werden. Wir halten es für wichtig, die Debatte über den ÖRR mit der gebotenen Ernsthaftigkeit, Sachlichkeit und Lösungsorientierung zu führen, weil nur so das Vertrauen zurückgewonnen werden kann.

### Folgende Probleme gilt es aus unserer Sicht zu lösen:

- Der ÖRR ist zu ineffizient und teuer. Wir leisten uns mit Kosten von knapp 9 Mrd. Euro den mit Abstand größten und teuersten öffentlichen Rundfunk der Welt. Der ÖRR besteht mittlerweile aus über 20 Fernsehsendern, über 70 Radiosendern, über 900 Podcasts, über 100 Apps und zahlreichen Online-Angeboten. Hierfür beschäftigt der ÖRR mittlerweile über 46.000

Mitarbeiterinnen und -mitarbeiter. Vergleicht man dies mit der BBC, die mit weniger als der Hälfte der Mittel sowohl im Inland als auch weltweit anerkannte hochwertige Inhalte produziert, wird deutlich, dass hier enormes Einsparpotential besteht.

- Die beitragsfinanzierte Wettbewerbsverzerrung zulasten privater Anbieter, insbesondere im Online-Bereich, gefährdet die Meinungsvielfalt in der Bremischen Presselandschaft. Der ÖRR nimmt den privatwirtschaftlichen Akteuren insbesondere im Online-Bereich immer mehr Raum. Diese sind aber aufgrund der marktbeherrschenden Stellungen von Gatekeepern wie Google und Meta (ehemals Facebook), welche 80% der digitalen Werbeeinnahmen auf sich vereinen, bereits unter massivem wirtschaftlichen Druck. Hinzu kommt, dass der ÖRR, auch butenunbinnen.de, sein Online-Textangebot immer weiter ausbaut. Dies führt zu Wettbewerbsverzerrung auf dem regionalen Markt in Bremen. Bereits jetzt gibt es in Bremen nur noch zwei relevante Medienhäuser. Es wäre das Ende der Meinungsvielfalt im Land Bremen, wenn es hier irgendwann nur noch den ÖRR gäbe. Das gilt es – um der Meinungsvielfalt willen - zu verhindern. Die geplanten Änderungen des Telemediengesetzes erkennen zwar das Problem und sind gut gemeint, sind aber aus unserer Sicht nicht ausreichend.
- Der ÖRR leidet an einem strukturellen Aufsichtsdefizit. Die vorhandenen Gremien sind nicht in der Lage, den ÖRR schlagkräftig zu kontrollieren. Wir begrüßen daher, dass die Aufsichtsgremien mit dem Medienänderungsstaatsvertrag gestärkt werden sollen. Die Wurzel des Problems bleibt allerdings unserer Auffassung nach bestehen: Die Zusammensetzung der Rundfunkgremien. Die derzeitige Besetzung der Rundfunkräte mit Mitgliedern, die bereits in anderen Organisationen ehrenamtlich tätig sind, trägt zwar zu einer breiten Vielfalt bei. Allerdings fehlt den ehrenamtlich tätigen Rundfunkratsmitglieder häufig schlichtweg die Zeit, um ihren umfangreichen und wichtigen Aufgaben - neben ihren weiteren Ehrenämtern - gerecht zu werden. Hierdurch fehlt es an inhaltlicher Professionalisierung und Staatsferne für eine effektive Aufgabenwahrnehmung. Die Zusammensetzung der Gremien muss daher in Zukunft mehr auf Kriterien wie inhaltliche Expertise und intrinsische Motivation ausgelegt werden.

#### Daher schlagen wir folgende Reformen des ÖRR vor:

1. Der ÖRR soll sich auf in Zukunft auf die für die Demokratie entscheidenden Aufgaben konzentrieren: Information und Bildung. Unterhaltung wollen wir

aus dem Auftrag des ÖRR streichen. Im Bereich Sport soll sich der ÖRR in Zukunft auf regionale Sportereignisse anstatt auf sportliche Großereignisse wie z.B. die WM in Katar konzentrieren, die auch von privaten Anbietern angeboten werden können.

2. Der ÖRR soll umstrukturiert und verschlankt werden. Der Unterhaltungsbereich könnte nach unserer Vorstellung etwa in einen oder mehrere privatwirtschaftlich geführte Fernsehsender überführt werden und sich dann im Wettbewerb mit den Privatsendern behaupten. Doppel- und Mehrfachstrukturen sind abzubauen. Es genügt in Zukunft ein bundesweiter linearer Fernsehsender und eine Mediathek. Die Aufgaben zwischen regionalen und bundesweiten Inhalten sollen klarer verteilt werden. Regionale Informationsangebote wie etwa butenunbinnen wollen wir dabei stärken.
3. Der Rundfunkbeitrag ist mittels Auftrags- und Strukturreformen abzusenken. Langfristiges Ziel muss sein, den ÖRR so weit zu verschlanken, dass der Rundfunkbeitrag nicht mehr als 10€ im Monat betragen muss. Auszubildende, Studierende, Freiwilligendienstleistende, freiwillig Wehrdienstleistende, sowie Schülerinnen und Schüler wollen wir vom Rundfunkbeitrag befreien.
4. Die Gehalts- und Versorgungsstrukturen des ÖRR sind an das Niveau der Privatwirtschaft anzugleichen.
5. Die Bereiche Rundfunk und Presse müssen klarer voneinander getrennt werden, sodass presseähnliche Angebote des ÖRR nicht die Wettbewerbsfähigkeit privater Unternehmen gefährden. Hierzu ist der Auftrag des Radio Bremen Gesetzes dahingehend zu schärfen, dass sich die Auspielung der Inhalte im Internet in Zukunft ausschließlich auf Audio und Video konzentriert.
6. Die Zusammensetzung des Rundfunkrats ist zu ändern. Ein Teil der Mitglieder des Rundfunkrats soll in Zukunft direkt von den Beitragszahlerinnen und -zahlern gewählt werden, wie etwa bei der Handelskammer auch. Dies führt zu mehr Sichtbarkeit des Rundfunkrats in der Bevölkerung, einer höheren Motivation der Rundfunkratsmitglieder und einer höheren Qualität durch demokratischen Wettbewerb. Ein weiterer Teil der Rundfunkratsmitglieder soll in Zukunft aus unabhängigen Dritten bestehen, die die nötige fachliche Expertise einbringen.